



Gruppe der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

Frau Oberbürgermeisterin Henriette Reker

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 18.01.2016

AN/0143/2016

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	02.02.2016

Belegung von Schulturnhallen mit Asylbewerbern umgehend beenden!

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

ich bitte Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu nehmen und zu behandeln:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, keine weiteren Asylbewerber in Schulturnhallen unterzubringen und bereits belegte Schulturnhallen umgehend wieder frei zu machen. Die dort einquartierten Asylbewerber sollen kurzfristig in anderen sofort verfügbaren städtischen Liegenschaften, wie z.B. den Messehallen, untergebracht werden. Falls für neu zugewiesene Asylbewerber kurzfristig keine Alternativen zu den Turnhallen organisiert werden können, soll die Stadtverwaltung bei der Bezirksregierung eine offizielle Überlastungsanzeige stellen und vorübergehend keine weiteren Asylbewerber mehr aufnehmen.

Begründung:

Die bereits seit Monaten anhaltende und immer stärker ausgeweitete Praxis der Asylbewerberunterbringung in städtischen Schulturnhallen ist der einheimischen Bevölkerung nicht mehr länger zumutbar. Schon vor den schlimmen Silvester-Ereignissen waren die Beeinträchtigungen des Schul- und Vereinssports sowie des sonstigen Schulbetriebs durch diese Belegungspolitik enorm. Nicht ohne Grund wurden Turnhallenbelegungen ursprünglich nur als allerletzte und vorübergehende Notmaßnahme angekündigt. Andere Kommunen verzichteten sogar ganz auf diese höchst umstrittene Art der Unterbringung. Inzwischen sind in Köln aber bereits 19 Schulturnhallen zum Teil seit Monaten mit Asylbewerbern belegt - und fast wöchentlich kommen neue hinzu! Den vagen

Versprechungen der Verwaltung auf baldige Reduzierung dieser Belegungen folgen immer noch weitere Beschlagnahmungen von Turnhallen!

Nach den sexuellen Übergriffen von Ausländern und insbesondere Asylbewerbern auf hunderte einheimische Frauen und Mädchen in der Silvesternacht rund um den Kölner Hauptbahnhof ist diese Art der Unterbringung erst recht nicht mehr tragbar. Die schon vorher vorhandenen Sorgen der Eltern der betroffenen Schulkinder sind spätestens seit Silvester mit handfesten Tatsachen untermauert und potenziert worden. Niemand kann jetzt mehr von "diffusen Ängsten" oder "Panikmache" sprechen. Eine weitere Unterbringung von Asylbewerbern in Schulturnhallen wird von einer großen Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr toleriert. Der soziale und schulische Frieden in den betroffenen Stadtteilen ist in unmittelbarer Gefahr. Auch deshalb gilt es nun, rasch und entschlossen zu handeln. So kann die Kölner Stadtverwaltung vielleicht auch ein wenig von dem Vertrauen, das sie an Silvester und den Tagen danach verloren hat, bei den Bürgern zurückgewinnen.

gez. Wiener